



Frankreich – Info

Herausgeber : Französische Botschaft
Presse- und Kommunikationsabteilung
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin
info@ambafrance-de.org
www.ambafrance-de.org

2012

Arbeitsprogramm der Regierung Mitteilung von Premierminister Jean-Marc Ayrault im Ministerrat - Auszüge -

Paris, 22. August 2012

(...) Wir nehmen Kurs auf die Belebung des Landes in gerechter Weise. Unser Ziel ist es, dem Wandel Gestalt zu verleihen, für den sich unsere Mitbürger ausgesprochen haben und der zu einer ausgesöhnten Gesellschaft hinführt, die Vertrauen in ihre Zukunft hat und gewillt ist zu kämpfen, um wieder Wachstum und Beschäftigung zu erlangen und unser soziales, republikanisches Modell zu bewahren. (...)

Zunächst müssen wir unsere **öffentlichen Finanzen** in Ordnung bringen. (...) Im Haushaltsplan wurde das Ziel einer Verringerung des Defizits auf 3 % im Jahr 2013 bestätigt und der Kurs für eine Rückkehr zu einem ausgeglichenen Haushalt bis 2017 vorgegeben. Der Finanzplan ist eine wichtige Etappe auf diesem Weg: Gemäß den Verpflichtungen des Staatspräsidenten ist eine Reform unseres Steuersystems vorgesehen, das gerechter und effizienter werden soll, und zwar für Privathaushalte ebenso wie für Unternehmen. (...) Der nächste Gesetzentwurf zur Finanzierung der sozialen Sicherheit soll am 10. Oktober im Ministerrat vorgestellt werden; auch darin findet das Ziel der Haushaltskonsolidierung Berücksichtigung, wobei auf soziale Gerechtigkeit und auf Solidarität geachtet wird. (...)

Der europäische **Pakt für Wachstum und Beschäftigung** von 120 Milliarden Euro (...) ist das greifbare Zeichen für die Neuausrichtung des europäischen Aufbauwerks, die nach der Wahl des Staatspräsidenten begonnen hat. Diese europäischen Gelder werden unseren Unternehmen und Gebieten zugute kommen. (...)

Auch muss die Belebung der **Wettbewerbsfähigkeit** unserer Wirtschaft Vorrang haben, im selben Maße wie die Konsolidierung des öffentlichen Haushalts, denn sie ist die Voraussetzung für ein nachhaltiges Wachstum und ein hohes Beschäftigungsniveau. Ich werde in der zweiten Hälfte Oktober, in der Folge des Gallois-Berichts, die Regierung zusammenrufen und alle Minister auf dieses wichtige Thema Wettbewerbsfähigkeit einschwören, also Stützung der Industrie, Wachstumsförderung für die KMU, Innovationsförderung, Exportunterstützung oder auch Vereinfachung der Regelwerke. Wir sind bei der großen Sozialkonferenz mit den Sozialpartnern übereingekommen, gleich in den nächsten Wochen an der Reform der Finanzierung unseres sozialen Schutzes zu arbeiten. Entscheidungen dazu sind im ersten Quartal 2013 zu erwarten. (...)

Unsere Wirtschaft, und vor allem unsere kleinen und mittleren Unternehmen, braucht **angepasste und nachhaltige Finanzierungen**: Der Gesetzentwurf zur Schaffung der öffentlichen Investitionsbank soll dem Ministerrat in den nächsten Wochen vorgelegt werden. Parallel dazu soll im letzten Quartal 2012 auch die Reform des Bankensektors Gegenstand eines Gesetzentwurfs sein, damit die Banken voll und ganz im Dienste der Wirtschaft und der Beschäftigung stehen. Ein Gesetzentwurf über die Zukunft der Landwirtschaft, der Forsten und der Nahrungsmittelindustrie soll im Laufe des Jahres 2013 erarbeitet werden.

Die **Beschäftigung** ist eines der großen Themen, die den Franzosen Sorge bereiten. Wir haben bereits im Juni Mittel freigesetzt, um 80 000 zusätzliche staatlich geförderte Arbeitsplätze zu finanzieren und die Arbeitsuchenden durch die Arbeitsagentur besser zu begleiten. Der erste Gesetzentwurf, der auf der Tagesordnung der Nationalversammlung steht, betrifft die Schaffung von Arbeitsplätzen der Zukunft. Darüber soll in einer außerordentlichen Sitzung der Nationalversammlung in der zweiten Septemberhälfte debattiert werden.

Der Gesetzentwurf zur Schaffung des **Generationenvertrags** soll ebenfalls vor Jahresende verabschiedet werden (...).

Schließlich haben sich die Sozialpartner im Rahmen der großen Sozialkonferenz darauf verständigt, über die Sicherung von Arbeitsplätzen auf der Grundlage eines Rahmenpapiers zu verhandeln, das ihnen im September übergeben werden soll und in dem es u. a. um die Reaktivierung rentabler Produktionsstätten geht. (...)

Ein weiteres vorrangiges Thema für die Regierung ist der **Wohnraum**. Im Juli wurde eine Verordnung zur Begrenzung der Mieten bei Neuabschluss eines Mietvertrags in den Ballungsräumen verabschiedet; außerdem wird der Staat freie Flächen für den Bau von Wohnungen, die für alle erschwinglich sind, zur Verfügung stellen. In der außerordentlichen Parlamentssitzung soll über einen entsprechenden Gesetzentwurf debattiert werden, damit ein juristischer Rahmen für die Bereitstellung solcher Flächen aufgestellt wird sowie eine Gesetzesänderung zur Erhöhung des Sozialwohnungsanteils auf 25 % erfolgen kann. Ab 2013 soll in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und den lokalen Körperschaften jährlich der Bau von 150 000 Sozialwohnungen in Angriff genommen werden. Die Spareinlagen (*Livret A*) sollen verstärkt eingesetzt werden, damit dieses Ziel erreicht werden kann. Auch sollen steuerliche Maßnahmen ins Auge gefasst werden, um den Bau von Privatwohnungen zu fördern.

Die Regierung legt Wert auf die **Kaufkraft** der Privathaushalte. Nach Rücknahme der für den 1. Oktober geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer, nach der außerordentlichen Erhöhung des Mindestlohns um 2 %, der Erhöhung der Beihilfen zum Schuljahresbeginn um 25 % und der Begrenzung der Strom- und Gaspreissteigerung auf 2 % wird das Parlament über einen Gesetzentwurf über progressive Strom- und Gasstarife debattieren.

Die Regierung arbeitet an der Frage der Brennstoffpreise und wird auf der Grundlage der Gutachten und der Gespräche mit den Vertriebsgesellschaften Entscheidungen treffen.

Die Reformen im **Verkehrswesen** sollen in den nächsten Monaten in Angriff genommen werden. Hier wird es neue Methoden in der Art und Weise geben, wie man sich Infrastrukturen und Dienstleistungen vorstellt. In dem Bemühen, den Verbraucherschutz mit den Anstrengungen zur Belebung der Produktion in Einklang zu bringen, wird die Regierung im ersten Halbjahr 2013 eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung der Verbraucherrechte vorschlagen (Beschränkung verlängerungsfähiger Kredite, Übernahme der Gruppenklage in französisches Recht).

Die Neugestaltung der republikanischen **Schule** ist ein zentraler Auftrag, den der Staatspräsident vom Land erhalten hat. Die Schulen erhalten zum Schuljahresbeginn zusätzliche Mittel aus dem im Sommer verabschiedeten Nachtragshaushalt. (...)

In **Hochschulen und Forschungseinrichtungen** sollen neue Gleichgewichte in der Verwaltung und der Finanzierung gefunden werden. Mitte Dezember soll ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, in den die Ergebnisse der bevorstehenden Konferenz der Hochschulen und Forschungseinrichtungen einfließen sollen.

Im kulturellen Bereich soll im ersten Quartal nächsten Jahres der Entwurf für ein Rahmengesetz eingebracht und durch den Akt II über die kulturelle Ausnahme ergänzt werden (Urheberrechte im Internet und erleichterter Zugang für die Bürger zu Werken). (...)

Die Umweltkonferenz beginnt am 14. September. Dort soll der erforderliche **Energiewandel** angestoßen werden, damit unser Land sich auf die beträchtlichen Entwicklungen dieses Jahrhunderts vorbereitet. Ferner stehen weitere grundlegende Themen, wie die biologische Vielfalt, auf der Tagesordnung.

Bei der **Dezentralisierung** soll die nächste Etappe in Angriff genommen werden. Die Regierung wird im Dezember einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen, denn es ist notwendig, den Gebietskörperschaften neue Kompetenzen zu übertragen, und sie müssen untereinander ihr Vorgehen besser abstimmen, damit sie effizienter und für die Bürger sichtbarer sind.

Zeitgleich soll die **Reform des Staates** auf neuen Grundlagen erfolgen, wobei die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und ihre Vertreter mitwirken sollen (...).

Sicherheit und Rechtsprechung sind für unseren Haushalt prioritäre Bereiche, denn das sind Bereiche, die unsere Mitbürger besonders beschäftigen. In den kommenden Wochen wird es nicht nur um die Bereitstellung neuer Mittel hierfür gehen, sondern auch um die Einrichtung der sogenannten prioritären Sicherheitszonen. (...)

Unsere Mitbürger wünschen sich **Gleichberechtigung**. Die Regierung wird in den kommenden Tagen zwei Rundschreiben über die Gleichstellung von Mann und Frau im öffentlichen Dienst herausgeben. Anfang Oktober wird ein ressortübergreifender Ausschuss zusammentreten, um den Einsatz aller Regierungsmitglieder für die Gleichstellung der Geschlechter und für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu gewährleisten. Nach der großen Sozialkonferenz werden Staat und Sozialpartner ab September zusammen an einer echten Gleichstellung im Berufsleben arbeiten.

Ende Oktober wird der Gesetzentwurf über die Eheschließung für alle vorgestellt. (...)

Alle Ministerien werden noch einmal darauf hingewiesen, dass sie in ihren Textentwürfen die vollständige Integration und Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft berücksichtigen müssen. Ein Plan zur Bekämpfung der Ausgrenzung soll Ende des Jahres vorgestellt werden. Um bestimmte wirtschaftliche Ungleichheiten in den Überseegebieten auszugleichen, wird am 5. September im Ministerrat ein Gesetzentwurf über die wirtschaftspolitische Steuerung in den Überseegebieten vorgestellt.

Unsere nationale **Verteidigung** muss an eine sich verändernde Welt angepasst werden. Die Arbeiten am Weißbuch Verteidigung und nationale Sicherheit sollen bis Ende des Jahres abgeschlossen werden. Sie ebnen den Weg hin zu einem neuen Militärplanungsgesetz, das dem Parlament 2013 zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Wir werden dafür sorgen, dass der Abzug unserer Kampftruppen aus Afghanistan unter den bestmöglichen Sicherheitsbedingungen stattfindet.

Das Bemühen um eine Belebung Frankreichs ist nicht ohne eine Neuausrichtung des europäischen Projekts vorstellbar. Es muss sich auch in den internationalen Kontext einfügen, in dem unser Land Gewicht haben kann und muss – sei es bei der Entstehung einer globalen Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise oder auf die Herausforderungen der Umwelt und der Entwicklung. (...)

Um den Wandel erfolgreich durchzuführen und langfristig zu verankern, muss das ganze Land hinter uns stehen. Dies setzt voraus, dass alle Akteure zuhören, sich abstimmen und aktiv werden. (...)